

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 371 1. Nov. 2006

13. Jahrgang

G e s u c h t : S o l i d a r i t ä t m i t ¡ F i j á t e !

„Wieder zwei weniger“, titelte die Zeitschrift der *Informationsstelle Lateinamerika* (ILA) in ihrer September-Nummer einen Artikel über das Verschwinden zwei weiterer Zeitschriften aus dem immer lichter werdenden Blätterwald der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung.

Soll dem ¡Fijáte! dasselbe Schicksal blühen? – Dies möchten wir verhindern und brauchen dazu Eure Unterstützung.

Tatsache ist, dass der ¡Fijáte! seit jeher defizitär arbeitet. Die Abonnementsgebühren decken knapp die Produktionskosten. Wurde das Projekt früher vom Kennik-Archiv finanziell unterstützt, überlebte es die letzten Jahre dank einer „Erbschaft“ der Informationsstelle Guatemala, die im Jahr 2002 geschlossen wurde. Ende 2006 sind aber die finanziellen ¡Fijáte!-Reserven definitiv aufgebraucht.

Seit nunmehr 12 Jahren existiert der ¡Fijáte! in seiner heutigen Form. Verschiedene Male im Verlauf der letzten Jahre haben wir uns gefragt, ob überhaupt noch eine Notwendigkeit oder ein Bedarf besteht nach „anderen“ Informationen aus Guatemala. Das politische Szenario und damit einhergehend der Fokus der Solidaritätsarbeit haben sich dort wie hier verändert. Der Informationsfluss läuft heute per Internet direkt in jeden Computer und immer mehr Gruppen und Vereine, die zu Guatemala arbeiten, verschicken projektspezifische und allgemeine politische Informationen in ihren Rundbriefen.

Macht dies den ¡Fijáte! überflüssig? Wir glauben es nicht. Der ¡Fijáte! ist in seiner Erscheinungsfrequenz und Themenvielfalt einzigartig. Er verfolgt seine „Kernthemen“ wie Menschenrechte, Soziale Bewegungen, Globalisierung, Gewalt und Militarisierung, Gender, Landfrage etc. hartnäckig und kontinuierlich. Er nimmt Themen auf, die von den über das Internet zugänglichen guatemaltekischen Medien übergangen werden und lässt in seinen regelmässig erscheinenden Interviews die ProtagonistInnen und Betroffenen selber zu Wort kommen. Und nicht zuletzt dient er mit seinem online abrufbaren Archiv der einen oder dem anderen Studierenden bei der Informationsbeschaffung für seine/ihre Seminar-, Diplom- oder Doktorarbeit sowie manchem Verein als Grundlage für die eigene Öffentlichkeits- und Informationsarbeit.

Leistet euch euren ¡Fijáte! Wir verstehen unsere Arbeit als Teil eines solidarischen politischen Engagements, unsere Honorare sind symbolischer Art und der Abonnementspreis seit Jahren unverändert. Nichtsdestotrotz ist der ¡Fijáte! für sein weiteres Bestehen auf eure Unterstützung angewiesen. Um nächstes Jahr weiter zu arbeiten brauchen wir nebst den Einnahmen durch die Abos zusätzliche 9600 Euros.

Welche spendable Einzelperson, welcher Verein, der seit Jahren ein Mail-Abo hat und damit immer seine 20 Mitglieder beliefert, welche Bibliothek und welcher Weltladen, denen der ¡Fijáte! als eine Grundlage seiner Arbeit dient, sind bereit, einmal etwas tiefer in die Tasche zu greifen und damit die Weiterexistenz dieses Projekts zu garantieren? Bitte nehmt so schnell wie möglich und direkt mit der Redaktion Kontakt auf, damit wir auf Ende 2006 das Ende oder die Zukunft des ¡Fijáte! vorbereiten können.

Vielen Dank
Christiane Treeck und Barbara Müller

c-tree@gmx.net / barbara-m@bluewin.ch

Minen und Tourismus – entweder oder

Das in den letzten Jahren in die Schlagzeilen geratene Thema des Minentagebaus in Guatemala hat eine lange Geschichte, die mit dem Nickelabbau in El Estor, Izabal, beginnt. Bereits 1955 wurde dort in Bodenproben Mineralgehalt festgestellt. Die erste Lizenz für den Abbau von Nickel erhielt das transnationale Unternehmen INCO, das später zusammen mit der kanadischen *Hanna Mining* die EXMIBAL (*Exploration und Explotation der Minen in Izabal*) gründete. Um dieses Unternehmen unter möglichst günstigen Konditionen führen zu können, übten seine Besitzer den entsprechenden Einfluss auf die guatemaltekische Gesetzgebung aus. So schafften sie es beispielsweise, sich um die Zahlung von 53% Einkommenssteuer zu drücken, indem sie das Unternehmen als „im Aufbau“ deklarierten und so während der ersten 5 Jahre gänzlich steuerfrei operieren konnten. Laut nicht überprüfbareren Aussagen ehemaliger Minenarbeiter, wurde in El Estor nicht nur Nickel, sondern auch Gold und Uran abgebaut. EXMIBAL erhielt 1965 eine Konzession für vierzig Jahre. Kurz bevor diese Konzession im Jahr 2005 auslief, wurde das Unternehmen an die *Guatemaltekische Nickel-Kompanie* (CGN), ein Tochterunternehmen der kanadischen *Skye Resources* verkauft, das sich jetzt erneut um eine Lizenz bemüht.

Der nachfolgende Artikel beruht auf einem Gespräch mit Eloyda Mejía, Präsidentin der Umweltorganisation *Amigos del Lago* aus El Estor. Als Tourismusfachfrau zeigt sie die Widersprüche zwischen der zerstörerischen Ressourcenausbeutung und dem für die Region angestrebten „sanften“ Tourismus auf.

Seit in der Gegend von El Estor Minerale abgebaut werden, gibt es Protest dagegen und als Antwort darauf Repression seitens des Staates oder der mineneigenen Sicherheitskräfte, denn, für erfolgreiche Geschäfte braucht es politische Stabilität. Anfang der 60er Jahre störte die in der Zone operierende Guerilla diese Stabilität. Die Aufstandsbekämpfung hatte eine extreme Militarisierung zur Folge, im Rahmen einer längerfristig angelegten „Befriedungskampagne“ des Militärs kamen in der Gegend rund 3'000 Menschen ums Leben.

Unter den erstarkenden Volksbewegungen der siebziger Jahre waren es vor allem linksnationalistische Kreise, die gegen die Verträge zwischen der guatemaltekischen Regierung und ausländischen Bergbauinvestoren protestierten. Zu den damaligen Gegnern gehörte eine Ad-hoc-Kommission der staatlichen Universität San Carlos, der u.a. auch Alfonso Bauer Paíz angehörte. Kurz bevor ein weiteres für den Staat nachteiliges Abkommen mit EXMIBAL im Jahre 1971 zustande kam, gab es ein Attentat auf die kritischen Anwälte Bauer Paíz und Julio Camey, wobei der Zweitgenannte ums Leben kam.

Mit der Unterzeichnung der ILO-Konvention 169 über die Rechte der indigenen Völker durch die guatemaltekische Regierung im Jahr 1996 trat eine neue Opposition auf den Plan. In der Region von El Estor ist 90% der Bevölkerung indigener Herkunft, als Sprachrohr ihres Protestes gegen den Minenbau betätigte sich die Maya-Organisation AEPDI. (Unterdessen gibt es Gerüchte, dass die Organisation „gekauft“ wurde und sich nicht mehr gegen die Minentätigkeit wehrt.)

Seit einigen Jahren wird auch aus einer anderen Ecke Protest gegen die Minen rund um den Izabal-See laut.

In El Estor gibt es nämlich eines (der wenigen gut funktionierenden) von landesweit 35 *Komitees für selbstverwalteten Tourismus*. Vorsitzende dieses Komitees ist Eloyda Mejía, ebenfalls Präsidentin der Vereins *Amigos del Lago Izabal* (ASALI, Freunde des Izabal-Sees). Ihre Argumente gegen die Minen sind umweltschützerischer Natur. Auf das Thema aufmerksam wurde Mejía, als sie merkte, dass es grosse Widersprüche und unvereinbare Interessen zwischen den Plänen der Minenunternehmen und den Projekten im Rahmen des sanften Öko-Tourismus gibt, den ihre Vereinigung fördert.

Den Ursprung ihres Engagements gegen die Minen beschreibt Eloyda Mejía so: „Wenn du auf der einen Seite die Versprechen der Unternehmer hörst, die von Fortschritt sprechen und von Steuern, die sie bezahlen wollen und auf der anderen Seite siehst, dass El Estor eine sehr arme Gemeinde ist, deren Entwicklungs- und Gesundheitsindex zu den niedrigsten des Landes gehört, dann wirst du irgendwann neugierig und willst genauer wissen, was da eigentlich vor sich geht“. Bei ihren Untersuchungen fanden die *Amigos* dann heraus, dass EXMIBAL sich der *Guatemaltekischen Nickel-Kompanie* CGN für den „symbolischen Preis“ von rund 95'000 Euro verkauft hat, was etwa dem Budget eines durchschnittlichen Projekts eines kommunalen Entwicklungsrates und in der Praxis den Kosten für den Bau von rund 800 Metern Gemeindestrasse entspricht. Die Fachfrau in Entwicklung und Tourismus phantasiert gerne darüber, was aus dem Minenprojekt hätte gemacht werden können, wenn es die Gemeinde für denselben „symbolischen Preis“ hätte kaufen können...

Eloyda Mejía ist denn auch nicht

grundsätzlich gegen den Abbau von Mineralien. Was sie stört ist einerseits, dass weder das Land selber, geschweige denn die Bevölkerung, davon begünstigt werden und vor allem, dass keinerlei umweltschützerische Massnahmen getroffen werden.

Im bzw. unter dem See selber gibt es auch Gas- und Ölvorkommen. Bereits dreimal wurden entsprechende Probebohrungen gemacht. Zuerst sei Shell involviert gewesen, danach sondierte Halliburton und als drittes ein guatemaltekisches Unternehmen, die *Petróleos del Atlántico*, erzählt Mejía. Diese Unternehmen seien alle mit dem selben Entwicklungsdiskurs gekommen, aber in den Untersuchungen von Shell und Halliburton habe es ganz klar geheissen, dass es eine sehr fragile und für Umweltunfälle anfällige Zone sei, die man eigentlich unter Naturschutz stellen müsste.

Sämtliches Schmutzwasser der umliegenden Ortschaften fliesst in den See, der vielen Leute als Lebensgrundlage dient: Sie beziehen ihr Trinkwasser und ihre Nahrung (Fische) daraus. Dazu Mejía: „Wenn wir nicht einmal in der Lage sind, die Überfischung des Sees zu verhindern, wie wollen wir Kontrolle darüber haben, was für Gifte von der Industrie in den See abgeführt werden?“

Die *Amigos del Lago* arbeiten eng mit den Entwicklungsräten der Gemeinden (Cocode) rund um den Izabal-See zusammen und unterstützen diese bei kleinen, aber wichtigen Projekten für die Verbesserung des Gemeindewohls. Weiter informieren sie die lokale Bevölkerung über die Entwicklungen im Minenbau und helfen ihnen bei Einsprüchen gegen das Minenunternehmen oder das Energieministerium, das zuständig für die Vergabe von Lizenzen ist.

„Der Izabal-See ist ein Schatz,

aber er ist auch eine Gefahr. Um ihn dreht sich hier in der Region alles. Seine Verschmutzung ist unser Ende“, so Eloyda Mejía. Und weiter: „Die Politik der Regierung ist sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite spricht sie davon, durch die Vergabe von Bergbaulizenzen das Land der Wirtschaft und dem Fortschritt zu öffnen. Auf der anderen Seite will man den Tourismus fördern. Dieses Jahr ankerten 58 Kreuzfahrtschiffe an der Atlantikküste Guatemalas. Diese „Industrie ohne Kamine“, der Tourismus, soll ausgebaut werden. Die Regierung hat kürzlich die Lizenz für den Bau eines Kreuzfahrtschiffhafens vergeben, der die Anlegekapazität für jährlich 200 Kreuzer haben soll. Das sind 400'000 TouristInnen, die nicht nur in Livingston oder in Puerto Barrios bleiben werden, sondern die das Landesinnere besuchen wollen. Bis jetzt kommen sie nur bis Río Dulce, doch der Izabal-See bietet sich eigentlich als Tourismusziel an, und je nach Service, den wir bieten können, kommen die Leute auch. Doch wenn wir ihnen einen verschmutzten See, verschmutzte Flüsse und zerstörte Landschaften bieten, kommen sie sicher nicht.“

Seit dem Jahr 2000 haben sich nun auf Initiative von Eloyda Mejía die BesitzerInnen von Hotels und Restaurants von El Estor organisiert, um gemeinsam für mehr Bekanntheit und besseren Service zu werben. Es wurde ein Konzept entwickelt, wie die Gemeinde durch den Tourismus zu mehr Entwicklung und zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung kommen kann. Es wurde eine Webseite erstellt, Prospekte und Karten der Region mit den wichtigsten Sehenswürdigkeiten und Angeboten zusammengestellt, ein Internetcafé eröffnet, Annehmlichkeiten, wie sie TouristInnen wünschen. Solche kleinen Initiativen gab es in verschiedenen Gemeinden und man beschloss, sich in einem Komitee zusammenzuschließen. Zwar hatte parallel dazu auch das staatliche Tourismusinstitut INGUAT ähnliche Pläne von lokalen Tourismusvereinigungen, doch klappten diese Projekte nie richtig, weil es an Begleitung und Beratung fehlte. Die selbstorganisierten Komitees hingegen haben eine gemeinsam entwickelte Vision, auf die sie hinarbeiten.

Ist es nicht etwas naiv, den Tourismus als die Lösung aller Probleme zu sehen? Dazu Eloyda Mejía: „Ich bin mir absolut im Klaren darüber, dass der Tourismus nicht die Lösung für die Entwicklung der Region ist. Man muss die Sache sehr sorgfältig ange-

hen. Um wirklich zur Entwicklung einer Region beizutragen, muss der Tourismus von der lokalen Bevölkerung betrieben werden. In El Estor gibt es Leute, die haben seit 25 oder 30 Jahren schlecht laufende Hotels. Wenn man nun mehr TouristInnen herholt, profitieren nicht nur die HotelbesitzerInnen sondern alle: die Tortillaverkäuferin auf dem Markt, die mehr Tortillas an die Restaurants verkaufen kann, ebenso die Gemüsehändlerin, die Fischer. Wir haben auch eine Idee, wie der Überfischung des Sees begegnet werden kann: Fischer, die den See ihr Leben lang kennen, bilden sich zu Touristenführer aus und bieten Seerundfahrten zu den Naturschutzgebieten an. Mit einer vierstündigen Tourismustour auf dem See verdient der Fischer, was er früher in einem Tag verdient hat. Es geht bei dieser Art von Tourismus darum, den Reichtum, den uns die Natur schenkt, so zu benutzen, dass alle ihn genießen können und er dabei nicht zerstört wird.“

Im Tourismus liegt ein Potential. Im Moment wird er durch die Minen und die Umweltzerstörung bedroht. Wenn der See weiterhin als Endlager für die im Minenbau benötigten Giftstoffe dient, sind bald alle Fische vergiftet oder ausgerottet. Während Jahren war der See z.B. überwuchert von einer asiatischen Wasserpflanze Namens Hydrilla Verticillata. Es ist unklar, wie diese in den See kam. Es könnten die Zugvögel gewesen sein, sie könnten auch in den Propellern der Schiffsmotoren von Shell oder Halliburton eingeführt worden sein, die von Miami kamen, wo die Hydrilla vorkommt. Es gibt auch den Verdacht, dass sie versehentlich ausgesetzt wurde, die Pflanze wird normalerweise in den Fischeaquarien als Wasserpflanze verwendet. Sie wächst so dicht, dass man mit Motorbooten nicht mehr durchkommt, weil sie sich in den Motorschrauben verwickelt. Unter den entsprechenden Bedingungen wächst sie bis zu 10 cm täglich. Bei ihren Untersuchungen haben die *Amigos del Lago* herausgefunden, dass die größte Konzentration der Hydrilla dort wuchs, wo es an der Küste Monokulturen mit Afrikanischer Palme oder Bananen gab und dort, wo das Minenunternehmen seine Abwasser einfließen liess. Das heisst, die Pflanze braucht einen gewissen Grad an Wasserverschmutzung, um überhaupt wachsen zu können. „Wir machten die Sache publik, luden JournalistInnen auf eine Bootsfahrt ein und baten sie, darüber zu berichten. Die Story löste eine ziemliche Aufregung aus, man sprach von einer ausserirdischen

Pflanze, die Regierung verhängte den „Ausnahmestand“ über den See, ansonsten passierte nichts. Unsere Vereinigung hat dann die Sache weiter verfolgt und wir entdeckten, dass die Regierung vorhatte, die Pflanze mit Herbizid zu bekämpfen, worauf wir sofort eine Klage beim (als moralische Instanz funktionierenden) *Zentral-amerikanischen Wassergericht* einreichten und verlangten, dass man das Einzugsgebiet des Sees als etwas Einheitliches betrachtet und entsprechend integrale Lösungen für die auftretenden Umweltprobleme sucht. Die Reaktion der Regierung auf das „Urteil“ des Wassergerichts war, eine Maschine herzubringen, mit der die Pflanze abgeschnitten wurde. So wie sie sich jedoch vermehrt, entstand aus jedem abgeschnittenen Teil eine neue Pflanze.“

Normalerweise regeneriert sich der See auf natürliche Weise, aber bei Phänomenen wie dem Tropensturm Mitch oder wenn Gift in den See fließt, kommt alles aus dem Gleichgewicht. Erstaunlicherweise und trotz allem, was ihm zugefügt wird, erholte er sich in den letzten Jahren und die Ausbreitung der Pflanze dämmte sich „von selber“ ein.

Und die Zukunft? Eloyda Mejía: „Ich denke, es wäre an der Zeit, sich zu überlegen, was aus dem Departement Izabal eigentlich gemacht werden soll. Denn die beiden Aktivitäten, Tourismus und Minenbau, sind absolut unvereinbar. Will man die Region weiter industrialisieren, okay, aber dann können wir mit dem Tourismus aufhören, weil es in zehn oder fünfzehn Jahren hier nichts mehr gibt. Will man hingegen auf Tourismus setzen, muss die Regierung die notwendigen Massnahmen gegen die Minen ergreifen.“

Ein weiteres Problem, das wir jetzt schon haben, das aber zunimmt, wenn man sich offiziell für den Tourismus entscheidet, ist, dass wir als lokale TourismusanbieterInnen hart um unser Überleben kämpfen müssen. Bereits jetzt wurde am Seeufer die erste Baubewilligung an eine internationale Hotelkette vergeben. Auf der anderen Seite gibt es keine Regierungspolitik, um den lokal betriebenen Tourismus zu fördern. Beantragst du als lokale Hotelbesitzerin bei der Bank einen Kredit, um den Service in deinem Hotel zu verbessern, musst du Wucherzinsen bezahlen. Deshalb wiederhole ich: Wenn der Tourismus wirklich etwas zur Entwicklung der Region beitragen soll, dann muss er einer längerfristigen Strategie folgen und in erster Linie eine Alternative für die lokale Bevölkerung sein.“

Grammatiklektion für Ríos Montt

Guatemala, 28. Okt. Auch wenn dem Antrag von Anwalt Mario Fuentes Destarac nicht stattgegeben wurde und somit die Resolution des Verfassungsgerichtes (CC) vom 14. Juli 2003, die die Kandidatur des Generals Efraín Ríos Montt bei den Präsidentschaftswahlen in jenem Jahr ermöglichte, nicht für wichtig erklärt wurde (¡Fijáte! 290), macht der Kommentar des jetzt urteilenden Verfassungsgerichts den damaligen Entscheid dennoch wertlos als Referenz für mögliche weitere entsprechende Ansuchen. – Drei aufeinander folgende Präzedenzurteile der Verfassungsinstanz mit gleicher Intention sind gleichbedeutend mit der Legalisierung des Urteilsgegenstandes. – Den zur Debatte stehenden Entscheid zu widerrufen, mache keinen Sinn, da er sich allein auf die vergangene Wahlperiode bezog, so das Verfassungsgericht. Gleichzeitig weist die Erläuterung auf, dass die damals angewendete Argumentation des Urteils sich in der Interpretation der Redaktion sowie der Verbkonjugation des entsprechenden Verfassungsartikels 186 geirrt hat,

als sie sich darauf berief, dass das Verbot zur Kandidatur für Personen, die u.a. durch einen Putsch an die Macht gekommen sind oder die Verfassung verletzt haben, nicht rückwirkend geltend gemacht werden könnte. Die laut amtierendem CC korrekte Lesart erklärt den Artikel jedoch für ahistorisch und zeitlich ungebunden. Somit ist dem bereits seinerseits als verfassungswidrig kritisierten "Persilschein" für Ríos Montt die vermeintliche Überzeugungskraft und juristische Gültigkeit genommen. Doch dessen *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) zieht weiterhin alle Register, benennt Ríos Montt – neben der Bestätigung als Generalsekretär der Partei – als "natürlichen Kandidaten" und verkündet, momentan die zeitlichen Fristen zu checken, um alle rechtlichen Einspruchsinstanzen auszureizen und, falls nötig, vor die *Interamerikanische Menschenrechtskommission* (CIDH) zu ziehen, "damit nicht die Rechte unseres Generalsekretärs zu wählen und gewählt zu werden, verletzt werden", so Stellvertreter Aristedes Crespo. Die FRG hält

derzeit 179 Bürgermeistereien und zählt 40'800 Parteimitglieder, womit sie den dritten Platz auf der politischen Landkarte belegt, mit 28 Abgeordneten die grösste Fraktion im Kongress stellt und mit deren Stimmen wesentliche parlamentarische Angelegenheiten definieren.

Die Ansinnen des "Generals" werden auf internationaler Ebene erneut konterkariert, verabschiedete das Europäische Parlament (EP) in diesen Tagen doch gerade eine Resolution, mittels der es seine Unterstützung des internationalen Haftbefehls gegen Ríos Montt und 5 weitere hochrangige Angeklagte wegen Genozids und Verletzung der Menschenrechte erklärt, den der Spanische Gerichtshof am 07. Juli diesen Jahres angeordnet hat. (¡Fijáte! 364)

Dabei unterstreicht das EP seine entschiedene Verpflichtung mit der Erfüllung der Friedensverträge und expliziert die historischen Tatsachen des Völkermords in Guatemala sowie die anhaltende Strafflosigkeit gegenüber den Verantwortlichen, die zum Teil immer noch wichtige Posten innehätten, während die Opfer weder symbolische noch materielle Entschädigungsleistungen erhalten hätten. Gleichzeitig ruft es die guatemalteckischen Institutionen, Einflusshabende Regierungen, Inter- und Europol sowie involvierte Bankdirektionen zur Kooperation auf, um die Angeklagten zu verhaften, auszuliefern bzw. ausländische Konten und Besitztümer einzufrieren.

Kommt Zeit kommt UN-Sicherheitsrat?

New York/Guatemala, 27. Okt. 41 Wahlrunden in 10 Tagen und kein „Sieger-Verlierer“-Ergebnis ist aktueller Zwischenstand der Wahl des lateinamerikanischen, nicht-ständigen Mitglieds im UN-Sicherheitsrat für die nächsten zwei Jahre. Guatemala erhielt zwar in 40 Abstimmungen mehr Vota als sein Gegenkandidat Venezuela, doch reicht es lange nicht zur notwendigen 2/3 Mehrheit der 192 teilnehmenden Länder.

Ähnlich wie 1979, als Kuba und Kolumbien zur Wahl standen, jedoch nach 10 erfolglosen Wochen schliesslich Mexiko als Kompromiss den Gremiumssitz einnahm, ist die Diskussion um ein Ersatzland auch diesmal bereits im Gange. Doch die jeweiligen Botschafter beharren noch, den Konkurrenten argwöhnend, auf ihrer Aspiration. Dabei fungiert Guatemala bloss als Marionette der USA, die um jeden Preis verhindern wollen, dass Venezuela Ratsmitglied wird. Letztendlich wäre eine Alternative wohl tatsächlich eine realistische, womöglich gar die einzig sinnvolle Lösung, die die jeweiligen Interessen der „Gegner“ zumindest im Ansatz befriedigt: Wenn Venezuela abtritt, sind die USA glücklich, wenn Guatemala seine Kandidatur zurückzieht, kann Venezuela als Sieg verbuchen, dass die USA ihren imperialen Willen nicht durchsetzen konnten. Das südamerikanische Land zählt

auf die Unterstützung aller lateinamerikanischen Länder ausser Ecuador, Peru und Chile; die Fraktionsgruppe GRULAC – *Gruppe Lateinamerika und Karibik* – die ihren Vertreter postulieren, diskutieren über die Option, Bolivien ins Rennen zu schicken. Andere Kandidaten, die auch von den USA genehmigt würden, sind Uruguay und die Dominikanische Republik. – Italien hält sich derweil aus der Wahl heraus, da es eine grosse „Kolonie“ in Venezuela hat.

Während für die nächsten drei Wochen jeweils dienstags und mittwochs neue Wahldurchgänge angesetzt sind, bleibt wohl letztendlich abzuwarten, auf welches „neutrale“ neue Latino-Sicherheitsratsmitglied sich geeinigt werden kann. Der Amtsantritt ist für den Beginn des nächsten Jahres vorgesehen.

Da ein vermeintlicher Pluspunkt Guatemalas in seiner Beteiligung an UN-Blauhelmissionen besteht – aktuell immer noch auf Haiti und in der Demokratischen Republik Kongo – will die Regierung offenbar noch einen draufsetzen. Mit der Ankündigung, Guatemala könne eine wichtige Rolle im Thema der weltweiten Sicherheit spielen, kündigte Verteidigungsminister Bermúdez an, mit Ablauf des Kongo-Mandats Mitte nächsten Jahres 150 SoldatInnen und Fahrzeuge in den Libanon schicken zu wollen.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

**Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe**

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Der Fall der *Bancafé* - ein politisches Schlachtfeld

Guatemala, 28. Okt. Mit der zeitlich unbestimmten Suspendierung aller Operationen ist das Ende der viertgrößten Bank Guatemalas, der *Banco del Café S.A.*, kurz *Bancafé*, eingeleitet worden. Der Überraschungseffekt der miternächtlichen Nachricht zum 20. Oktober, dem guatemalteckischen Revolutionsfeiertag, durch Währungsaufsicht (JM) und Bankenintendanz (SB) ist nach Sorge und Unsicherheit bei den BankkundInnen inzwischen dem Unmut über den schlechten Service gewichen, den drei andere für den Übergang eingesprungene Banken leisten. Überlange Wartezeiten, unfreundliche Bedienung und eingeschränkte Bargeldauszahlung bemäkeln die ungeduldigen KontoinhaberInnen, die schnellstmöglich an ihr Erspartes wollen. Derweil müssen vor dem 20. ausgestellte *Bancafé*-Schecks neu geschrieben werden, und NutzerInnen von Kreditkarten und Geldautomaten sowie Leute, die auf Überweisungen aus dem Ausland warten, werden um Geduld gebeten, um diese Dienste regulär wieder in Gebrauch zu nehmen.

Doch die Konsequenz des gesetzeswidrigen Handelns durch den *Bancafé*-Vorstand, das Kreditlimit von 15% des zu belastenden Bankvermögens überschritten zu haben, geht weit über die Unannehmlichkeiten für die mehr als 100'000 PrivatkonteninhaberInnen hinaus und reicht mitten in den aktuellen wahlpolitischen Prozess, während seine Ursprünge einige Jahre zurückliegen. Damals war Eduardo Gonzales Castillo, Sohn und Nachfolger einer Unternehmer- und Bankiersfamilie, Präsident von *Bancafé*. Heute ist ebendieser Hauptaktionär der Bank, Mitglied im Verwaltungsrat und *last but not least* Präsidentschaftskandidat der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GANA).

Als *Bancafé*-Chef billigte Gonzales für den auf Barbados registrierten *offshore*-Arm des Geldinstituts, *Bancafé International Bank*, einen Kredit über 240 Mio. US-\$, den die Filiale wiederum an das US-amerikanische Maklerunternehmen *Refco* weiterleitete. Doch *Refco* meldete im Oktober 2005 Konkurs an, nachdem bekannt wurde, dass sein ehemaliger Präsident einen Extra-Schuldenberg von 430 Mio. US-\$ verheimlicht hatte, der Teil der 16,8 Mrd. US-\$ Gesamtrückstände ist. Infolge des Bankrotts wurden alle Gelder, und somit auch die *Bancafé*-Einlagen, eingefroren.

Bankensuperintendent Willy Zapata bestätigte noch vor wenigen Monaten sein absolutes Vertrauen in *Bancafé*. Dieser Umstand dreht nun einerseits zahlreichen koreanischen, in Guatemala tätigen Textilverarbeitungsunternehmen den Hahn ab und lässt mehr als 63'000 Angestellte ohne Lohnauszahlung dastehen, denn die Firmen schenken Zapata Glauben und hatten über *Bancafé International* in *Refco* ihre Gelder angelegt, um mit den Rückläufen Roh-

stoffe zu kaufen und Gehälter zu zahlen. AnlegerInnen von *Bancafé International* stehen vor der Ungewissheit ob des Verbleibs ihrer Investitionen, ist mit der Suspendierung von *Bancafé* doch die Finanzgruppe aufgelöst, zu der die *offshore*-Filiale gehörte, die nun keine nationale Präsenz mehr hat, jeglicher Zugriff auf die Gelder ist somit versperrt.

Andererseits eröffnet die Diskrepanz zwischen Zapatas Einschätzung und der überraschenden Suspendierung einer gewissen Skepsis Raum, wie es zu der, in der Presse als radikal und übertrieben gewerteten Entscheidung kam, gilt die Bank doch weder als Konkursgefährdet noch sei es bislang zu Vermögensverlust oder Ausfällen von Obligationen gekommen.

Die Bankenaufsicht verweist derweil auf mehrere Gründe. Der Vorstand der *Bancafé* habe bereits wiederholte Mahnungen erhalten und Bussgelder auferlegt bekommen, da er der Aufforderung, die Überschreitung des Kreditlimits zu korrigieren, nicht nachkam. Diese Begrenzung ist in der 2002 verabschiedeten Banken- und Finanzgesetzesreform festgelegt. Selbst ein aufgestellter Regulierungsplan wurde nicht erfüllt. Schliesslich wurde noch bekannt, dass *Bancafé* einem Unternehmen, das einem der Hauptaktionäre der Bank gehört, einen Kredit von 42 Mio. Quetzales gewährte, was das Fass wohl zum Überlaufen brachte.

Unterdessen wurde die staatliche Finanz- und Kreditanstalt CORFINA mit der Verwaltung des Treuhandfonds beauftragt, in den die *Bancafé*-Aktien deponiert werden, bevor sie an andere Institutionen weitergeleitet werden sollen. Jedoch sprechen weder das Mandat der 1972 zum Zweck der Minen- und Tourismusindustrie gegründeten CORFINA noch deren zweifelhafter Umgang mit öffentlichen Geldern in der Vergangenheit für diese Aufgabenteilung.

Derweil werden die KundInnen der nationalen Institution beruhigt, alle ihre Gelder seien geschützt und über die Banken *Banrural*, *Reformador* und *Agromercantil* zugänglich gemacht. Dies sei unter anderem über den seit 2002 existierenden *Fond zum Schutz von Ersparnissen* (FOPA) gesichert. Nicht nur die Ungewissheit, in welcher Höhe der Rückgriff auf den FOPA geplant bzw. notwendig wird, ruft die Opposition auf den Plan. Sie fordert von der Regierung eine Rechenschaftserklärung über die Vorkommnisse, habe doch seit Oktober 2005 das *Nationale Kredit- und Hypotheksinstitut* CHN sowie das *Programm zur Städtischen und Ländlichen Gemeindeunterstützung* (PACUR) die *Bancafé* finanziell über Wasser gehalten.

Alles deutet indes auf eine vielschichtige Kampagne hin, die sich auf persönlicher Ebene gegen Eduardo Gonzalez richtet, sich partei- und wahlpolitisch in der GANA abspielt und auf lan-

despolitischer Ebene auf die Besitzstandswahrung der guatemalteckischen Oligarchie sowohl im Finanzwesen als auch in der Politik konzentriert ist.

Der sich am liebsten mit seinem Spitznamen "Guayo" ansprechen lassende Gonzalez bereitet sich in gewisser Weise seit langem auf die Macht vor und kandidierte bereits 2001 für die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) als Präsidentschaftskandidat, wurde jedoch zuerst von Oscar Berger und dann zugunsten von Eduardo Stein als Vizepräsident aus dem Weg geräumt. Seit 2003 widmet er sich nun als Staatssekretär der Exekutive und Vertrauensmann von Berger vornehmlich der Politik und ist einer von drei ursprünglich aufgestellten Präsidentschaftskandidaten der GANA. Neben ihm sind der bisherige Landwirtschaftsminister Álvaro Aguilar und der als Aussenseiter geltende Francisco Arredondo nominiert. Für den 3. Dezember waren die parteiinternen Wahlen der Aspiranten angesetzt. Doch in kürzester Zeit hat sich das GANA-Panorama komplett verzerrt. Aguilar erlitt einen Verkehrsunfall und fällt potentiell aus und Gonzalez ist in den *Bancafé*-Fall verwickelt, verliert selbst dabei an Glaubwürdigkeit und steht der GANA möglicherweise damit im Weg. Nach Bekanntwerden der Suspendierung sagte er spontan seine Kandidatur ab, erhielt jedoch offenbar Rückendeckung durch die GANA-Spitze und lässt seine Kampagne derweil ohne eigene Präsenz erst einmal weiterlaufen. GANA-intern wird unterdessen alles daran gesetzt, die Kandidatenwahl stattfinden zu lassen, wofür mehr als ein Anwärter notwendig ist. Dass Arredondo der lachende Dritte ist, will man im Zweifel durch die Suche nach neuen Kandidaten tunlichst verhindern.

Doch warum war Gonzalez mit seinen vermeintlich guten Beziehungen zu Politik und Bank nicht rechtzeitig gewarnt worden? Selbst mitwissende Parteigenossen haben ihn dabei klar im Stich gelassen. Und der Einfluss einer anderen "Partei" scheint sich durch die Tatsache zu bestätigen, dass sowohl die kürzlich zur Präsidentin der Staatsbank BANGUAT und gleichzeitig zur Präsidentin der Währungsaufsicht gewählte María Antonieta del Cid de Bonilla, ausgeschiedene Finanzministerin, als auch der Bankensuperintendent Zapata, die das Schicksal der *Bancafé* zusammen besiegelten, "gewissen" Unternehmenskreisen nahe stehen. Der Analyst von *incidencia democrática*, Erwin Pérez, setzt denn auch als bekannt voraus, dass der Kreis der nationalen Banker kein Interesse daran hat, dass internationale Finanzinstitute den Bankenwettbewerb auf guatemalteckischem Boden anheizen. So hat sich beispielsweise die inzwischen besiegelte Ansiedlung der mexikani-

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

schen *Banco Azteca* extrem in die Länge gezogen, währenddessen der Kauf just der *Bancafé* durch eine Finanzgruppe aus El Salvador verhindert wurde. Die Haltung, das Bankensystem unter nationaler Kontrolle zu halten, widerspricht dabei zwar der gerade vom Unternehmertum gelehrten Neoliberalen Logik. Doch besser, die *Bancafé* verliert an Wert, um sie selbst erschwinglich aufkaufen zu können und die Aktien im Land neu zu verteilen, als anderen den Zugriff zu gewähren.

Neben dem Spiel um Milliarden ist ein weiterer Gewinn, so Pérez, politischer Natur, und richtet sich wiederum gegen Gonzalez, der weder zum erlauchten und politisierten Unternehmertum CA-CIF gehört, noch mit den mächtigen Familien des Landes anbändelt, die mehr als 300 Firmen unter sich aufteilen und wirtschaftliche Interessen auf internationaler Bühne vertreten. Mit Gonzalez hätte "die Oligarchie" also kein dressiertes Pferd im Rennen. Als Marionetten dienen ihr bei der Sabotage die politischen Parteien, die die Regierungspolitik in Frage stellen, erhalten sie zum einen ja selbst Gelder aus dem Unternehmenssektor und können sich zum anderen eines politischen Konkurrenten entledigen.

Wieder Überschwemmungen, wieder Tote

Guatemala, 27. Okt. Kaum zehn Tage nach dem Jahrestag, an dem Hurrikan Stan 2005 seine desaströsen Spuren hinterliess, begann innerhalb von 48 Stunden für bislang bereits mindestens 20'000 BewohnerInnen der Costa Sur – dabei vornehmlich in den Departements Escuintla und Santa Rosa – sowie des westlichen Hochlands – in San Marcos und Huehuetenango – erneut das Grauen, das die anhaltenden Regenfälle, durch das Klimaphänomen El Niño provoziert, auch in diesem Jahr mit sich brachten.

Zahlreiche Gemeinden stehen durch die Überschwemmung von Flüssen unter Wasser und sind, wenn nicht rechtzeitig von CONRED, der Nationalen Katastrophen-Koordination evakuiert, erneut von allem abgeschnitten. Während Präsident Berger von rot in Escuintla über orange bis gelb auf nationaler Ebene changierende Katastrophenzustände ausrief, wurde vom Militär bereits eine Luftbrücke eingerichtet, über die Nahrungsmittel und Trinkwasser in die betroffenen Regionen transportiert werden.

Die Angaben in Zahlen schwanken mal wieder, zumindest zwei Tote, eine Frau und ein siebenjähriges Mädchen,

wurden in Escuintla gemeldet, die von einem Strom mitgerissen worden waren.

In der Region der *Franja Transversal del Norte*, genauer in der Gemeinde Democracia, Huehuetenango, ging derweil ein Erdsturz nieder und begrub zahlreiche Wohnhäuser in den drei Ansiedlungen Los Lotes, Camojallito und Los Tarayes unter sich. Sechs Personen kamen dabei ums Leben. 200 Häuser stehen unter Schlamm, eine ähnliche Anzahl ist einsturzgefährdet. Die AnwohnerInnen wurden unterdessen im Gemeindesalon und in der Kirche untergebracht.

Dass in dieser Zeit gewöhnlich starke Regenfälle zu erwarten sind, dass viele, sehr viele Gemeinden permanent vom Hochwasser bedroht sind, dass ein Grossteil der Bevölkerung, gerade in ländlichen Regionen, in höchst gefährlichen und zwar lebensgefährlichen Konditionen lebt, ist alles nicht erst seit Mitch oder Stan bekannt. Doch anstelle einem grundlegenden Angehen dieser Faktoren mit langfristiger Lösungsstrategie, werden Strassenlöcher gepflastert, die mit dem nächsten Regen wieder ausgespült werden, Abhänge werden zubetoniert und CONRED rückt erst aus, wenn von Toten die Rede ist.

Journalistische Streifzüge durch Guatemala

Der in Guatemala lebende Journalist und manchmal auch Autor des ¡Fijáte!, Andreas Boueke, beschreibt in seinem neuen Buch „Guatemala – Journalistische Streifzüge“ unspektakuläre aber nicht weniger wichtige (Neben-) Schauplätze der aktuellen guatemalteken Realität.

Nebst den „klassischen“ Themen wie die Aufarbeitung des Krieges, die Maya-Kultur oder den Kaffeeanbau, um die wohl niemand herumkommt, der oder die über Guatemala berichtet, nimmt Boueke auch Aspekte und Themen auf, die nebst Freihandelsabkommen, Straflosigkeit und Gewalt leider oft in Vergessenheit geraten.

In einer längere Reportage, die in gekürzter Form und als „Fortsetzungsgeschichte“ auch schon im ¡Fijáte! abgedruckt war (Nr. 321 und 304), berichtet Boueke über die Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen, die sich im Umfeld von Ölborungen im Petén ausbreiten. In einem ebenfalls längeren Beitrag über die Quiché-Gemeinde Los Cimientos, mit der ihn eine besondere und lange Beziehung verbindet, erzählt der Autor exemplarisch die Geschichte vieler Dörfer, die nicht nur während des Krieges zwischen die Fronten kamen, sondern auch in den so genannten Frie-

denszeiten zu einem Spielball der verschiedenen (wirtschaftlichen, grossgrundbesitzerischen und nachbarschaftlichen) Interessen reduziert werden.

Dazwischen nimmt Boueke die LeserInnen u.a. mit auf Streifzüge durch das guatemalteken Gesundheitswesen, zu den GarnelenzüchterInnen im einstmals blühenden Küstenort Champetico, zu den Homosexuellen und Transvestiten der Hauptstadt und zu den Behindertenorganisationen, die gegen ihre Unsichtbarmachung in der guatemalteken Gesellschaft kämpfen. Und selbstverständlich werden auch Themen wie die Jugendgewalt und der Drogenhandel bzw. die damit verbundene staatliche Korruption nicht ausgelassen.

Zwischen den einzelnen Artikeln informiert Boueke mit Kurzbeschreibung und Kontaktadressen über in und zu Guatemala arbeitenden Nichtregierungsorganisationen und wagt den vielleicht nicht immer ganz gelungenen Versuch, neben seinen eigenen, analytischen und gut recherchierten Berichten auch die „Betroffenen“ selbst zu Wort kommen zu lassen.

Das Buch liest sich schnell und flüssend, und enthält eine Fülle von Informationen. Selbst die vielwissende

¡Fijáte!-Redakteurin kann dabei Neues lernen. Wussten Sie zum Beispiel, dass Guatemala weltweit der grösste Exporteur der uns in der tristen Winterlandschaft erfreuenden roten Weihnachtssterne ist?

Andreas Boueke: Guatemala – Journalistische Streifzüge.

238 Seiten, Horlemann Verlag 2006, Euro: 12.50, sFr. 23.50

Erratum

Bei der Korrektur des vorhergehenden ¡Fijáte! ist ein Fehler unterlaufen. Im Artikel "Linke Annäherungen" auf S. 3 kam es zum Buchstabenalat: Nicht die „Volksbewegung MICSP“ – *Movimiento Indígena, Campesino, Sindical y Popular*, die sich 2005 im Rahmen der Proteste gegen das Freihandelsabkommen zwischen Zentralamerika, der Dominikanischen Republik und den USA gegründet hat, sondern die langjährige linke Volksbewegung MPSI – *Movimiento Popular Social de Izquierda* gehört zum Kreis der InitiatorInnen der *Sozialpolitischen linken Front* FSPI.